



Informationsdienst  
des Bayerischen  
Bauindustrieverbandes e. V.  
Jan./Febr. 03 · 48. Jahrgang

**i.d.**  
**1/2**



**Bayerische  
Bauindustrie**

**Impulse**  
Demo – wofür? ..... 2

**Bauwirtschaft und Konjunktur**  
Zweistelliger Auftragsrückgang am Bau in Bayern .... 3  
ifo-Geschäftsklima Bau: Schaubilder ..... 5

**Bau und Politik**  
Bau in Not – Bürger in Not ..... 6  
Investitions-Notstandort D ..... 8  
Imagekampagnen am Bau – Vision und Wirklichkeit .. 9  
PPP für Kommunen ..... 10

**Bauen in Bayern**  
Werkstattgespräch: A-Betreibermodell für den  
mehrstreifigen Autobahnausbau ..... 11

**Aus der Verbandsarbeit**  
Erfolgreicher BBIV-Messeauftritt auf der BAU 2003 ... 13  
„Schlechte Zeiten sind die besten Zeiten für gute Leute“  
Erfolgreicher Abschluss des 16. TU-Praxisseminars ... 14

**Recht**  
Aktuelle Rechtsprechung ..... 15

**Persönliches** ..... 17

**Nachruf** ..... 18

**Persönliches** ..... 18

**Vorschau** ..... 19

**Statistik** ..... 20



**Impressum**

Herausgeber:  
Bayerischer  
Bauindustrieverband e.V.  
München

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Gerhard Hess

Redaktion:  
Dr. Benedikt Rüchardt

Titelfoto: Helmut Bergtold

Bau in Not – Bürger in Not. Ohne Bau kein Wachstum. Fünftausend sind in Nürnberg mit diesen Parolen auf die Straße gegangen, mit 450 Baufahrzeugen. Ähnlich in Frankfurt, Düsseldorf, Hannover. Unternehmer, Bauarbeiter, Gewerkschaftsleute. Verbändeübergreifend. Weil das Land kaputtgeht, wenn der Bau unter die Räder kommt. Weil es keine Zukunft gibt, wenn die Substanz verfressen wird, aus der allein sie wachsen kann. Weil unser aller Morgen und Übermorgen auf dem Spiel steht.

Bald fünf Millionen Arbeitslose, Investitionsstau und Nullwachstum am Standort D. Doch Stillstand ist Verfall: Es ist eine Zeit der Verzweiflung über das Nicht-Begreifen-Wollen. Und der mörderischen Rekorde. In nur acht Jahren ist die Hälfte der Baukapazitäten vernichtet worden. Trotz noch nie gekanntem Baubedarf. Nie zuvor war die gebaute Substanz in so kläglichem Zustand. Nie zuvor hat der Rückschritt in unserem Lande so rasante Fortschritte gemacht: Nie zuvor waren die Steuereinnahmen auf so hohem Niveau – vom Staatssystem aufgebraucht – für die Zukunft so wenig übrig.

Demonstration gegen den gesellschaftlichen Offenbarungseid: Warum, um alles in der Welt, muss das sein? Hat doch – eigentlich – die Gesellschaft dem Bau den Auftrag erteilt, ihre Zukunft vorzudenken und mit festen Fundamenten zu unterbauen. Nur der Bau kann die lebensnotwendige Infrastruktur für morgen und übermorgen herstellen – und ohne die läuft nichts, für niemanden. Keine Straßen und Autobahnen, keine Schulen, Krankenhäuser, Abwasserkanäle. Kein Wohlstand, kein menschenwürdiges Leben – keine Perspektiven.

Der Bau demonstriert. Gegen Politiker, die ihm die Mittel verweigern, seinen gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen. Gegen Politiker, die oft genug diesen Auftrag noch nicht einmal mehr sehen. Das erinnert an Bauern, die das Saatgetreide verfrühstücken und dann das Ausbleiben der Ernte beklagen. Saatgetreide, das sind die Investitionen – Lebensgrundlage für die Zukunft, Basis nachhaltigen Wohlstands. Der Bau protestiert stellvertretend. Für die gesamte Gesellschaft, für Männer, Frauen, Kinder, die auch morgen noch in zivilisierten Verhältnissen leben wollen.

Und die Wirklichkeit ist noch schlimmer. Nicht nur das Saatgetreide wird verfrühstückt. Verfressen wird das Erbe, das von den Eltern Gebaute verfällt. Zusehends. Doch was Hänschen nicht baut ... Was heute nicht gebaut, nicht saniert wird, das ist draufzuschlagen auf Eichels gewaltigen Schuldenberg, auf die Erblast für die nächsten Generationen. Und denen wird's immer schwerer gemacht. Noch immer hat der Konsum Vorfahrt in Deutschland: Erst das Fressen, dann die Moral!

Einen Ruck braucht das Land. Gegen den Stillstand. Gegen blindes Unverständnis für alles, was Wachstum möglich macht. Für eine Politik, die in die Zukunft investiert, die aufbaut und so unsere Gesellschaft nach vorne bringt. Wenn es das wieder gibt, erst dann hat der Protest seinen Zweck erfüllt.

# Demo – wofür?

**Von Rechtsanwalt Gerhard Hess  
Hauptgeschäftsführer des Bayerischen  
Bauindustrieverbandes e.V.**

## Zweistelliger Auftragsrückgang am Bau in Bayern

Das Jahr 2002 wird als eines der schlechtesten Baujahre in die Geschichte der Bauwirtschaft eingehen. Erstmals seit 1995 nahmen die Neuaufträge am Bau in Bayern wieder mit einer zweistelligen Rate ab. Etwas geringer fielen die Rückgänge bei den Umsätzen der Bauunternehmen aus. Erneut musste die Bauwirtschaft einen massiven Verlust an Arbeitsplätzen hinnehmen, in Bayern waren Ende Dezember 13.600 Mitarbeiter weniger am Bau beschäftigt als ein Jahr zuvor, deutschlandweit war es ein Rückgang um 75.000. Und das Schlimmste ist: Ein Ende der Baukrise ist nicht absehbar und somit auch kein Auslaufen der Beschäftigungsrückgänge zu erwarten. Im Gegenteil, die Bundespolitik überbietet sich derzeit mit neuen Belastungen für den Bau.

Bei den Baugenehmigungen hat sich das kumulierte Minus im Jahresverlauf leicht abgeschwächt, anders als bei den Auftragseingängen. Um 9,8 % weniger erteilte Baugenehmigungen als ein Jahr zuvor sind ein schlechtes Zeichen für die Baukonjunktur im laufenden Jahr: Dem Rückgang der Genehmigungen wird unweigerlich ein Rückgang der dringend benötigten Auftragseingänge folgen. Im Einzelnen: Im seit Jahren darniederliegenden Wohnbau nahmen die Baugenehmigungen von Jahresanfang bis einschließlich November um 6,4 % ab. Den größten Einbruch bei den Baugenehmigungen gab es im Wirtschaftsbau. Hier waren um 14,4 % weniger Baugenehmigungen als ein Jahr zuvor zu verzeichnen. Positiv überraschte dagegen der Öffentliche Bau: Der Öffentliche Hochbau vermeldete ein leichtes Plus von 2,7 %.

In Bayern verzeichneten die Auftragseingänge erstmals seit 1995, dem ersten Jahr der anhaltenden Baukrise, wieder ein zweistelliges Minus. Dabei hatte der Wohnungsbau mit – 13,5 % den stärksten Rückgang hinzunehmen, ein weiterer schwerer Schlag für dieses Segment nach Einbrüchen von 4,1 % und 9,9 % in den Vorjahren. Somit blieben die Auftragseingänge im Wohnbau von Januar bis November 2002 um über 25 % unter den entsprechenden Werten von 1999, dem letzten Jahr mit einem Auftragszuwachs im Wohnungsbau. Im Wirtschaftsbau nahm das Auftragsminus auf mittlerweile 11,4 % zu. Noch bis April verzeichnete dieses Segment ein deutliches Plus, seitdem hat sich der Auftragseingang massiv verschlechtert, der größte Umschwung innerhalb eines Jahres seit langem. Und die Rückgänge bei den Baugenehmigungen signalisieren weitere Einbrüche. Mit – 9,1 % verzeichnete der Öffentliche Bau den geringsten Rückgang aller Sparten. Während die Neuaufträge im Hochbau und im Sonstigen Tiefbau mit Raten von 11,3 % und 12,2 % ungefähr gleich stark abnahmen, betrug der Rückgang im Straßenbau nur vergleichsweise geringe 3,5 %.

Die rückläufigen Auftragseingänge haben den Umsatz der Bauunternehmen von Januar bis November um nun 5,9 % unter den Wert im entsprechenden Vorjahreszeitraum zurückfallen lassen. Dabei verzeichneten die im Wohnungsbau tätigen Bauunternehmen mit – 2,4 % den geringsten Rückgang, sie hatten jedoch in den Vorjahren bereits Umsatzrückgänge von 12,5 % und 3,5 % hinnehmen müssen. Die Umsätze in den im Wirtschaftsbau tätigen Bauunternehmen waren um 6,0 % rückläufig. Im Öffentlichen Bau nahmen sie um 9,6 % ab.

### Auftragsminus in Bayern jetzt zweistellig

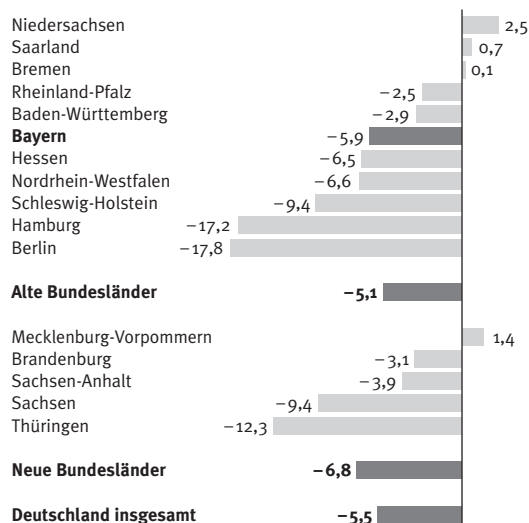
### Um 9,8 Prozent weniger Baugenehmigungen als im Vorjahr

### Aufträge in Bayern von Januar bis November nun um 11,1 Prozent unter Vorjahr

### Umsatzrückgang am Bau in Bayern ähnlich hoch wie im Durchschnitt der anderen Westländer

#### Umsätze im Bauhauptgewerbe

Veränderung Januar bis November 2002/01 in Prozent



Quelle: Amtliche Statistik

### **Geschäftslage und Erwartungen werden weiterhin schlecht beurteilt**

Das Geschäftsklima in der bayerischen Bauindustrie wird im Januar 2003 schlechter als im Vorjahr beurteilt.

■ Die Geschäftslage wird schlechter als im Vormonat und noch pessimistischer als im Vorjahr eingeschätzt. Als gut beurteilen sie 2 % der Unternehmen (Januar 2002: 6 %). Von einer weiter verschlechterten Geschäftslage berichten 77 %, im Vorjahr waren es 68 %. Der Saldo der Lagebeurteilung beträgt damit - 75 % (Januar 2002: - 62 %).

■ Von einer günstigen Entwicklung ihrer Bautätigkeit berichten 5 % der Unternehmen (Januar 2002: 1 %), 21 % dagegen von einer weiteren Verschlechterung (Vorjahr: 33 %).

■ Die nähere Zukunft wird weiter mit großer Sorge betrachtet. Nur 6 % der befragten Firmen erwarten innerhalb der nächsten 6 Monate, also bis Juli 2003, eine Besserung ihrer derzeitigen Lage (Vorjahr: 7 %). Eine weitere Verschlechterung befürchten 58 % der Unternehmen, im Vorjahr äußerten 64 % diese Sorge. Insgesamt wird die Geschäftslage innerhalb des kommenden Halbjahres mit einem Saldo von - 30 % deutlich schlechter als im Vorjahr (- 43 %) beurteilt.

### **ifo-Sonderumfrage: Ende 2002 geringerer Überhang an Bauten als Ende 2001**

Auf die jährliche Sonderumfrage des ifo-Instituts nach dem Bauüberhang am Jahresende gaben die Unternehmen der Bauindustrie die folgenden Antworten (in Klammern: Bauhauptgewerbe).

■ Im Wohnungsbau verzeichneten 8 % der Unternehmen einen höheren Bauüberhang als Ende 2001 (10 %), 33 % einen gleich hohen (31 %), aber 59 % einen niedrigeren (ebenso).

■ Im Wirtschaftsbau berichteten 7 % der Unternehmen von einem höheren Bauüberhang als Ende 2001 (12 %), 29 % von einem gleich hohen (21 %), aber 64 % von einem niedrigeren (67 %).

■ Im Öffentlichen Hochbau vermeldeten 11 % der Unternehmen einen höheren Bauüberhang als Ende 2001 (13 %), 21 % einen gleich hohen (24 %), aber 68 % einen niedrigeren (63 %).

■ Im Straßenbau verzeichneten 7 % der Unternehmen einen höheren Bauüberhang als Ende 2001 (ebenso), 20 % einen gleich hohen (32 %), aber 73 % einen niedrigeren (61 %).

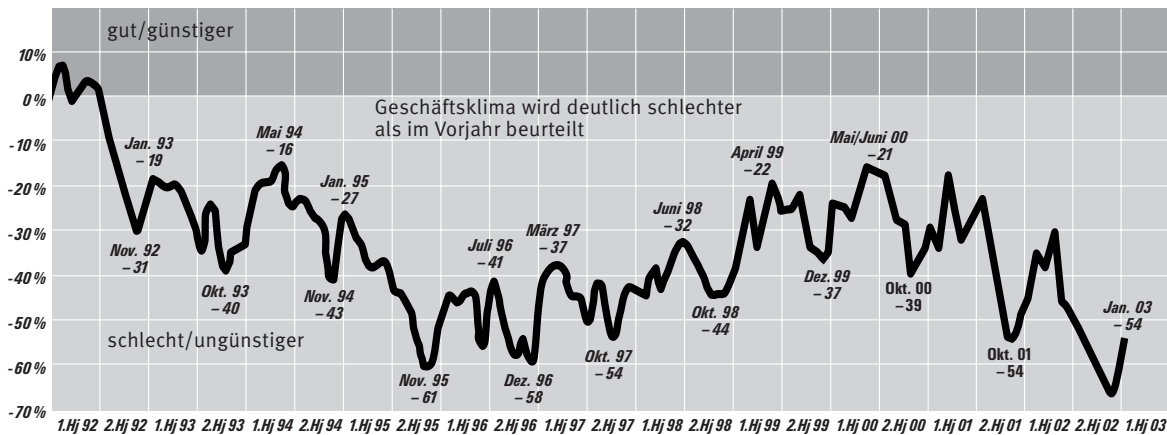
### **Bau in Not – Bürger in Not**

Am 24. Januar ging der Bau unter dem Motto: „Bau in Not – Bürger in Not“ bundesweit auf die Straße, in Bayern protestierten 5.000 Bauarbeiter und Unternehmer in Nürnberg gegen eine Bundespolitik, die Deutschland zum wirtschaftlichen Schlusslicht in Europa werden ließ, die Wirtschaft mit immer höheren Steuern und Abgaben gängelt und die öffentlichen Investitionshaushalte zur Restgröße verkommen lässt.

Wenn es dem Bau schlecht geht, ist das nicht ein Problem der Baubranche allein. Es ist ein Problem unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Falsche Entwicklungen spürt der Bau wie ein Seismograph früher als andere, wie in einem Brennglas wirken sie auf ihn überproportional ein. Wenn die Politik die Investitionsbedingungen verschlechtert, den investiven Anteil in den öffentlichen Haushalten zurückfährt, leidet eben unsere Infrastruktur darunter, sie verfällt. Mögliche künftige Wachstumschancen können nicht wahrgenommen werden, wenn heute versäumt wird, dafür die Grundlagen, nämlich Investitionen in Infrastruktur und Bauten zu legen. Bauen für die Zukunft unseres Landes! Oder, wie als Schlusssatz des „Nürnberger Appells der Bauwirtschaft“ formuliert: Ohne Bau läuft nichts! ■

## Unternehmereinschätzung Geschäftslage und Geschäftserwartungen (nächste 6 Monate)

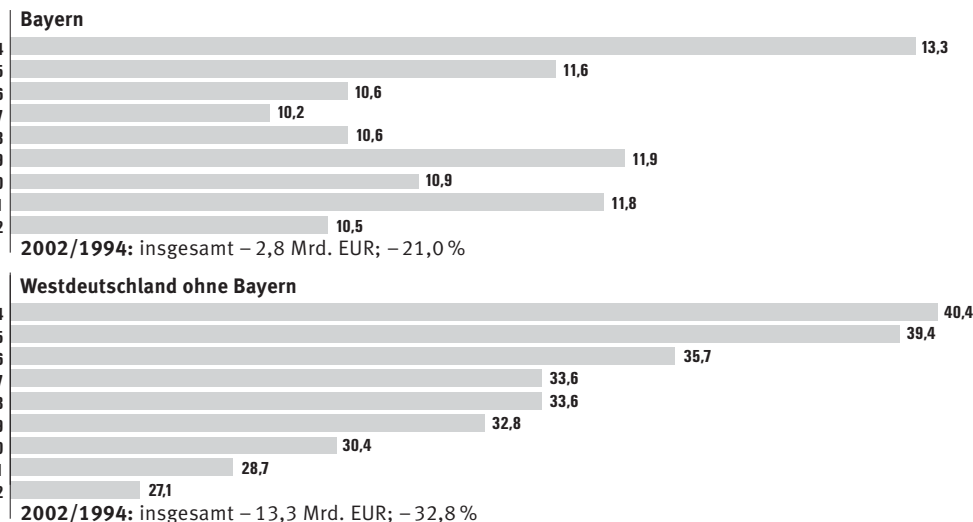
Durchschnitt gut/schlecht und günstiger/ungünstiger in Prozent



Quelle: ifo-Konjunkturtest Bau Bayern

## Auftragsrückgang auch in Bayern deutlich ausgeweitet, in Westdeutschland ohne Bayern anhaltender Rückgang

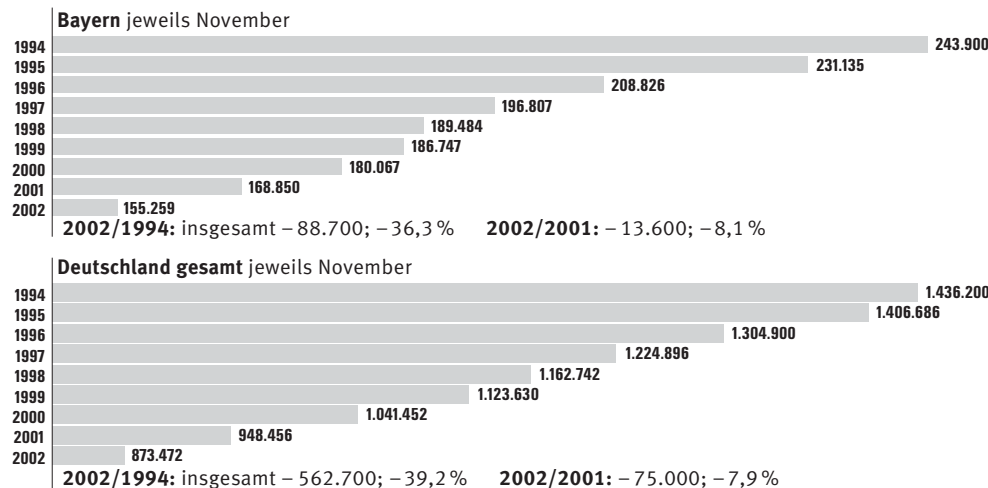
In Bayern Auftragseingänge nun um 11,1 % unter Vorjahr; im Durchschnitt der anderen Westländer kontinuierlicher, zuletzt wieder beschleunigter Rückgang seit 1994. Auftragseingänge jeweils Januar – November, in Mrd. EUR



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Statistisches Bundesamt; Bauhauptgewerbe, Abgrenzung NACE WZ 93; Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten; 1994 der Abgrenzung angepasst.

## Abbau der Arbeitsplätze am Bau setzt sich beschleunigt fort

Auch in Bayern Zahl der Arbeitsplätze im November wieder verstärkt zurückgegangen



Quelle: Amtliche Statistik, Bauhauptgewerbe, Abgrenzung NACE WZ 93; 1994 auf diese Abgrenzung umgestellt.



# Bau in Not – Bürger in Not

Ohne Bau kein Wachstum: 5.000 Menschen in Nürnberg auf der Straße

### Substanzverzehr und Nullwachstum

5000 Menschen mit 450 Baufahrzeugen haben am Freitag, den 24. Januar in Nürnberg die Fahne der Bauwirtschaft hoch gehalten. 14 Verbände und Institutionen hatten eingeladen und mitgewirkt, Arbeitgeber waren genauso engagiert dabei wie Arbeitnehmer. Presse und Rundfunk berichteten über Bayern hinaus, in Bayern flächendeckend. Deutschlandweit unübersehbar wurde das Signal durch gleichzeitige Protestkundgebungen in Frankfurt, Düsseldorf und Hannover.

### Unübersehbares Zeichen gegen falsche Politik

Die Proteste wurden zum unübersehbaren Zeichen, gesetzt von einer Branche, die es wie ein Seismograph als erste spürt, wenn unser Land vernachlässigt wird. Der durch die falsche Steuer- und Wirtschaftspolitik des Bundes ausgelöste Investitionsstau bringt zuerst den Bau, dann die gesamte Wirtschaft und jeden Bürger in Not. Der gemeinsame Ruf: Ohne Bau kein Wachstum! Deutschland muss die Kapazitäten und das Können der Bauwirtschaft nutzen, muss seine Infrastruktur zukunftsfähig ausbauen – anstatt seine Substanz zu verzehren. Die Wirklichkeit: Als Folge konsumorientierter Politik arbeiten heute 600.000 Menschen weniger am Aufbau mit als noch vor acht Jahren, die Infrastruktur verkommt – und die Arbeitslosigkeit läuft auf fünf Millionen zu, die Wirtschaft tritt mit Nullwachstum auf der Stelle.

### Bauer: Deutschland in Vollnarkose

Deutliche Worte zur Lage fand der Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer: „Deutschland geht es wie einem abgemagerten Patienten. Die Ärzte haben falsch diagnostiziert und ihn



*BBIV-Präsident Prof. Thomas Bauer: Deutschland in Vollnarkose – Heilung durch Investitionen*



*Der Bau drängt vorwärts*

auf den OP-Tisch gelegt. Sie schnippeln und schneiden hilflos an ihm herum. Mit jedem Schnitt geht es ihm etwas schlechter. Deutschland in Vollnarkose! Und keiner merkt: Der Patient braucht keine Operation. Er ist am Verhungern! Er braucht schlicht etwas zu essen. So wie unser Land die Investitionen.“

### 15 Prozent Investitionsquote

Als Damm gegen das Ausbluten des Landes forderte Bauer eine gesetzlich fixierte Investitionsquote von 15 % für Bund, Länder und Kommunen: „15 % der Staatsausgaben müssen investiert werden. Mindestens. Auf allen Ebenen. Wir brauchen das. Für unsere Verkehrswege. Für das Zusammenwachsen Europas. Für gute Schulen und Hochschulen. Für all das, was dem Standort Deutschland Qualität gibt.“ Nur über diese Investitionen würde es auch gelingen, den einfachen Bauarbeitern wieder eine Chance am Arbeitsmarkt zu geben. Bauer: „Investitionen in die Zukunft schaffen Arbeit, erzeugen künftige Erträge und finanzieren sich nahezu selbst durch die Ersparnisse bei den Arbeitslosen.“

### Handeln, auch wo es unbequem ist

Max Hechinger, Vizepräsident der Bayerischen Baugewerbeverbände, ergänzte den Investitions-Appell Bauers um den Ruf nach Entbürokratisierung, nach größerem Freiraum im Arbeits- und Sozialrecht, nach der Berücksichtigung von Qualität im Vergabewesen, nach verbesserter Zahlungsmoral, unter dem Strich nach politischer Verlässlichkeit und Handlungsbereitschaft auch da, wo es zunächst unbequem ist. Sein Ruf für den Bau: „Lassen Sie die deutsche Konjunkturlokomotive nicht kaputt gehen.“



450 Lkw und Busse – Nürnberg steht

### Bau und Kommunen in Notgemeinschaft

Hundert Prozent Unterstützung fand die Bauwirtschaft bei Kundgebungsredner Dr. Siegfried Balleis, Vizepräsident des Bayerischen Städtetages. Die Kommunen sind der wichtigste öffentliche Auftraggeber der Bauwirtschaft und für einen Großteil der gebauten öffentlichen Infrastruktur verantwortlich. Gleichzeitig werden sie vom Bund nach allen Regeln der Kunst finanziell geschröpft, ihre Investitionskraft liegt am Boden. Balleis sieht deshalb Bau und Kommunen in einer „Notgemeinschaft“ verbunden und



„Den Kommunen fehlt das Geld für die notwendigsten Infrastrukturmaßnahmen“. Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Vizepräsident des Bayerischen Städtetages. Links: Markus Söder, MdL, Staatssekretär Karl Freller, MdL



Der Bau auf der Straße

fordert, die Investitionskraft der Kommunen wieder auf eigene und feste Füße zu stellen – im Interesse von Bürgern und Wirtschaft, die auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen sind.

### Es geht nicht um Subventionen – es geht um Investitionen

Immer noch wird der Aufbau-Appell der Bauwirtschaft gerne missverstanden als Ruf nach Subventionen. Dabei geht es nicht um Subventionen. Das politische Ziel der Bauwirtschaft und das Ziel der Proteste vom 24. Januar ist eine Politik, die Deutschland als Investitionsstandort versteht und entwickelt. Überlastete Straßen, verfallende Schulen, lecke Kanäle: Deutschland schiebt gewaltigen Baubedarf, eine gewaltige Schuld an der nächsten Generation vor sich her. Das seit Jahren nicht Gebaute beginnt jetzt allen zu fehlen. Das Land braucht eine Politik, die Investitionskraft in öffentlichen Haushalten und der Wirtschaft freisetzt – anstatt wie heute Unternehmen und Bürger bürokratisch zu fesseln, finanziell zu schröpfen und auszubluten, und dann die Löcher werbewirksam durch Notprogramme und Subventionen zu stopfen.

### Nürnberger Appell

Mit dem während der Demonstration verlesenen „Nürnberger Appell“ schlossen sich sämtliche Demonstrationsteilnehmer dem Aufruf zu Investitionen an. ■



# Investitions-Notstandort D

Das Beispiel Kommunen

## Kommunalinvestitionen für Wachstum entscheidend

Die Kommunen sind mit einem Anteil von 62 % der größte öffentliche Auftraggeber der Bauwirtschaft – und tragen damit gleichzeitig den größten Teil der öffentlichen Verantwortung für eine funktionierende öffentliche Infrastruktur am Standort Deutschland. Von der Qualität dieser Infrastruktur hängt es ab, ob Wirtschaft und Gesellschaft sich positiv entwickeln können oder nicht. Diese Verantwortung verlangt erhebliche Investitionskraft – nicht zuletzt am investiven Anteil der Kommunalausgaben entscheidet es sich, ob die Wirtschaft wächst oder nicht.

## Kommunen bauen immer weniger

### Wachstum bleibt ohne Basis

In den letzten Jahren hat eine bundespolitische Entscheidung nach der anderen auf die Kommunalhaushalte zugegriffen, Mittel von dort in andere Kassen umgeschichtet. Dass das Loch in der Bundeskasse nicht noch größer ist, liegt nicht etwa an gelungener Sparpolitik, sondern daran, dass unter anderem den Kommunen massiv Geld entzogen wurde. Die Folge: Den Kommunen fehlt das Geld für Investitionen, die Kommunen bauen immer weniger, dem Wachstum fehlt die Basis.

## 10 Milliarden Defizit

2002 hatten die Kommunen in Deutschland ein Gesamtdefizit von 6,65 Milliarden € – 68,3 % mehr als noch im Vorjahr! 2003 wird mit einem Defizit von 10 Milliarden € gerechnet.

## Verkauf von Tafelsilber und Investitionsverzicht

Wenn es – vielen – Kommunen trotzdem noch gelingt, ihre Haushalte vorschriftsgerecht auszugleichen, steht dahinter zum einen der Verkauf von Vermögen – andere sagen das Verschern von Tafelsilber – (das geht nur einmal), zum anderen der Verzicht auf an sich notwendige Investitionen.

## Verwaltung auf Pump

Wie dramatisch die Lage wirklich ist, zeigt sich daran, dass viele Städte und Gemeinden sich mittlerweile auf Pump verwalten. Die Defizite in den Verwaltungshaushalten machten schon 2001 fünf Milliarden € aus, immer mehr Städte und Gemeinden müssen laufende Ausgaben mit geliehenem Geld bezahlen. 2002 mussten die Kommunen dazu ihre Massenkredite von 2 auf 11,7 Milliarden € aufstocken!

## Zwangsumlagen und Einnahmeeinbruch

Dramatische Zustände herrschen nicht nur bei den durch Zwangsumlagen politisch nach oben getriebenen Ausgaben. Auch die kommunalen Einnahmen brechen geradezu ein, bewegen sich nur mehr auf dem Niveau des Jahres 1993. Hierzu einige Zahlen:

### Kommunale Finanzentwicklung 2002 im Vergleich zu 2001 (Deutschland)

Gewerbesteuer	- 9,1 %
Umsatzsteuer	- 1,3 %
Einkommensteuer	- 1,0 %
Gebühren	- 2,4 %
Ausgaben	+ 0,9 %
Sozialausgaben	+ 5,0 %
Investitionen	- 2,4 %

Die Investitionen lagen 2002 bei 23,6 Milliarden € – das sind 10 Milliarden € weniger als 1992. Im gleichen Zeitraum stiegen die Sozialausgaben um 30 %!

Zahlen des Deutschen Instituts für Urbanistik, nach denen sich das Investitionsdefizit deutscher Kommunen von 2000 bis 2009 auf 486 Milliarden € kumuliert, sind vor diesem Hintergrund nicht zu halten. Das Defizit wird weit schlimmer ausfallen!

## Am Sozialen sparen – Einnahmen auf neue Basis stellen – 15 Prozent Mindest-Investitionsquote

Die konkreten Daten zu den Kommunalhaushalten in Deutschland sind erschreckend, sprechen für sich und verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf zur Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen. Einen Ausweg wird es aber nur geben, wenn konsequent eingespart wird, eine umfassende Reform der Kommunalfinanzierung gelingt, die Ungereimtheiten ausräumt und die Bemessungsgrundlage verbreitert und schließlich die Bereitschaft greift, wo möglich kommunale Aufgaben durch privatwirtschaftliche Betreibermodelle effizient zu lösen. Dazu muss eine aktivierende Sozialhilfe kommen, die dem Anreiz zum Nichtstun entgegen wirkt. Und damit das Geld schließlich auch da landet, wo es Wachstum anstößt, muss jede Kommune gesetzlich verpflichtet werden, mindestens 15 % ihrer Mittel als Investition auszugeben. ■

# Imagekampagnen am Bau Vision und Wirklichkeit

Bauen ist das Schönste, was es gibt. Bauen hat von allem, was Menschen tun, den nachhaltigsten Einfluss auf unsere Welt. Ohne das Gebaute ist unsere Kultur weder denkbar noch funktionsfähig. Bauen hat Image.

Trotzdem hat das Bauen gesellschaftlich nicht den Stellenwert, den es haben müsste. Vor die Wahl zwischen Konsum und (Bau-)Investitionen gestellt, entscheiden sich Politik und Gesellschaft – auch in Deutschland – allzu oft für den Konsum. Kauf des Volkes über soziale Leistungen – trotz warnender Beispiele wie der DDR, die nicht zuletzt an diesem Fehler und dem folgenden Verfall ihrer Infrastruktur zugrunde ging.

### Wie bekommt Bauen wieder Image?

Wie kann das Bauen wieder das notwendige gesellschaftliche Image bekommen? Was können Imagekampagnen dabei leisten? Wer muss sich dem Investitionsschwund entgegenstellen?

### BBIV-Präsident Prof. Bauer auf dem Internationalen Bauwirtschaftsgipfel 2003

Antworten auf diese Fragen suchte und gab der Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Prof. Dipl.-Kfm. Thomas Bauer, vor dem Internationalen Bauwirtschaftsgipfel in Zermatt.

### Gesellschaft in der Pflicht

Seine erste Antwort: Nicht der Bau steht zuerst in der Pflicht. Die bauwirtschaftlichen Strukturen – Verbände und Gewerkschaften – tragen hier Verantwortung. Aber die eigentliche Aufgabe – Veränderung hin zu einem neuen Verständnis von der Bedeutung des Bauens, zu nachhaltigen Investitionen in die Zukunft – kann nur von der Gesellschaft insgesamt gestemmt werden.

### Kampagnen greifen nicht

Kampagnen für einen breit angelegten Meinungsumschwung der Bevölkerung pro Bauen hält Bauer für den falschen Weg. Als Beleg nennt er die 40 Mio. DM, die die Deutsche Bank aufwendete, um über PR die von Hilmar Kopper anlässlich der Schneider-Pleite erfundenen „Peanuts“ aus der Welt zu schaffen. Trotz gewaltigem PR-Aufwand: An die Peanuts erinnert sich bis heute jeder, die Kampagne ist wirkungslos verpufft.

### Der Stellenwert der Lobbyarbeit

Für die Verbesserung des Images der Branche setzt Bauer auf andere Instrumente. Zentral bleibt seiner Ansicht nach wie vor die klassische Lobby-Arbeit – bis hin zum großen

öffentlichen Protest, wenn Gesprächsbereitschaft anders nicht mehr hergestellt werden kann. Hierzu gehörten die Protestveranstaltungen der Bauwirtschaft am 24.1.2003 in Frankfurt, Nürnberg, Hannover und Düsseldorf.

### Qualität und Marktrelevanz

Öffentlichkeitsarbeit insgesamt will Bauer an Grundsätzen der Produktwerbung ausrichten: Qualität und Attraktivität des Produktes, Effektivität und Marktrelevanz der Werbung.

### Image beginnt beim Verstehen

Deshalb will Bauer die Verbändeaktivitäten zur Veränderung gesellschaftlicher und politischer Meinungen auf erreichbare und für die Unternehmen wichtige Ziele konzentrieren. Dazu fordert er die Erarbeitung branchenspezifischer marktwirtschaftlicher Zusammenhänge – Grundlagenkenntnisse, die bis heute fehlen. Beispielhaft nennt er die Fragen:

■ Warum tendieren die Preise der Baubranche zum Unterpreis?

■ Warum ist der Wettbewerb am Bauproduktmarkt konjunkturabhängiger als der anderer Branchen?

■ Können Mindestlöhne den Markt zum Nutzen der marktwirtschaftlich positiven Kräfte stabilisieren?

Bauer ist sicher: Zusammen mit Wissenschaftlern gefundene Antworten auf diese Fragen können einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, die Bauwirtschaft in Politik und Öffentlichkeit ins richtige Licht zu rücken.

Ähnlichen Imagegewinn hält Bauer durch konstruktiven Umgang mit der Problematik „Korruption und Preisabsprachen“ für erreichbar. Als Beispiel nennt er das hervorragende öffentliche Echo auf das EthikManagement der Bauwirtschaft – wogegen der Widerhall in der eigenen Branche nach wie vor zu wünschen übrig lässt. Bauer konstatiert trocken: „Der Mut fehlt“.

Weitere für Bauproduktmarkt und Branchenimage entscheidende Bereiche sieht Bauer in der Qualifizierung von Bauunternehmen und in der Auseinandersetzung mit der Nachhaltigkeit des Bauens.

### Image durch beständige Sacharbeit:

#### „Der Bau ist diese Anstrengung wert“

Bauer hält es für möglich und nötig, durch konzentrierte und beständige Arbeit an diesen Fragen das Image der Branche und ihren Rückhalt bei der Politik nachhaltig zu verbessern: „Ich bin der festen Überzeugung: Wir müssen diesen Weg gehen. Der Bau ist diese Anstrengung wert.“ ■

## PPP für Kommunen

Private Betreibermodelle: Ein Ausweg aus der kommunalen Investitionsschwäche

### Kommunaler Investitionsstau immer schlimmer

Bei den Kommunen baut sich deutschlandweit ein gewaltiger Investitionsstau auf. Immer mehr Städte und Gemeinden können ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen, für Investitionen bleibt kein Geld. Erstes Opfer ist die Bauwirtschaft – Aufträge bleiben aus. Eigentliches Opfer sind aber Wirtschaft und Bürger. Denn die Infrastruktur, auf die alle angewiesen sind, verfällt oder wird gar nicht erst gebaut: Schulen, Straßen, Kindergärten, Kanäle etc. Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt den allein zwischen 2000 und 2009 entstehenden Investitionsstau bei den Kommunen auf 486 Mrd. €.

### Die Suche nach neuen Lösungen

Abzuwarten oder nur mehr Geld von anderen zu fordern führt nicht weiter. Es gilt zu prüfen, wie Bauaufgaben doch realisierbar werden – und dann Ertrag abwerfen. Ein Weg: Bau und Betrieb mit privatem Geld, privatem Know-how und auf privates Risiko.

### Privatwirtschaftliche Betreibermodelle / PPP

Über die Chancen und Risiken solcher Modelle berichteten bei einer BBIV-Presskonferenz am 19.12.2002 Dr. Hans-Joachim Wolff, Vizepräsident und Vorsitzender des Arbeitskreises Privatfinanzierung des BBIV, bis Ende 2002 Vorsitzender der Walter Bau-AG, Augsburg, Dipl.-Ing. Josef Geiger, Vorstand des BBIV und Geschäftsführer des Bauunternehmens Wilhelm Geiger GmbH & Co. in Oberstdorf sowie der Sonthofener Landrat Gebhard Kaiser.

### PPP: Breite Anwendungspalette

Dr. Wolff beschrieb PPP vor als eine in einigen bayerischen Kommunen sowie speziell in Großbritannien bewährte Alternative dazu, lediglich um ein Stück vom bereits verteilten Finanzkuchen zu kämpfen. Das Prinzip sei einfach: Die Kommune übertrage einem privatrechtlich tätigen Dritten – dem Betreiber – die Durchführung einer gemeindlichen Aufgabe. Dies umfasse den Bau und den Betrieb eines Gebäudes oder einer Anlage. Die Verwaltung werde entlastet, der Private Sorge für reibungsloses Management. Anwendbar sei das Konzept auf eine ganze Palette von Aufgaben – wie Schwimmbäder, Krankenhäuser, Parkhäuser, Schulen, Theater, Museen, Feuerwehrhäuser. Dabei wies Dr. Wolff nachdrücklich darauf hin, dass es in jedem Einzelfall nötig sein werde, das spezielle Vorhaben sauber durchzurechnen. PPP sei kein Königsweg für alle Fälle, sondern je nach wirtschaftlicher und rechtlicher Konstruktion mit Kostenvorteilen von bis zu 15 % eine wichtige Alternative zur Haushaltsfinanzierung.



V.l.n.r.: Dipl.-Ing. Josef Geiger, Dr.-Ing. Hans-Joachim Wolff, Landrat Gebhard Kaiser

### Erfolgreiches Praxisbeispiel

Dipl.-Ing. Josef Geiger stellte die Vorteile von PPP-Modellen am Beispiel des Familien- und Freizeitbades Wonnemar in Sonthofen dar. Ursprünglich habe die Gemeinde zwei sanierungsbedürftige Bäder gehabt, die pro Jahr 1,5 Mio. DM Verlust einbrachten. Hätte sie die Bäder saniert, wären 2 Mio. DM Verlust im Jahr angefallen. Deshalb habe die Gemeinde nach dem Betreibermodell ein neues Bad auf dem Grundstück bauen lassen, für das sie 20 Jahre lang jeweils 1,2 Mio. DM an die Betreiber zahle, also pro Jahr 800 Mio. DM oder gut 400 Mio. € weniger, als wenn sie die Verluste für zwei sanierte Bäder tragen müsste.

### Teure bürokratische Hemmnisse abbauen

Landrat Kaiser berichtete, dass Kommunen heutzutage häufig staatliche Fördermittel nicht mehr abrufen, weil es ihnen an den Mitteln zur Eigenbeteiligung fehlt. Wenn sie doch tätig werden, sorge die Bürokratie durch langwierige Bewilligungsverfahren und Kontrollen oft für jahrelange Verzögerungen, was nicht selten die Vorteile der staatlichen Förderung konterkariere. Dem Zwang zur Rentabilität werde von Beamten kaum ausreichend Rechnung getragen. Deshalb sollte man es „diejenigen machen lassen, die es können“ und privates Kapital nutzen. Die Kommunen, die ja selbst nicht abschreiben können, täten besser daran, gleich über ein Betreibermodell auf Abschreibungen zu setzen, anstatt auf das oft langwierige Prozedere staatlicher Zuschüsse zu warten. An privatem Kapital mangle es in Deutschland nicht, es müsse nur vernünftig genutzt werden. Kaiser: „Der Staat sollte dafür sorgen, dass deutsches Kapital im Lande eingesetzt wird und nicht zum Schiffbau in Korea!“ ■

Ein Faltblatt über PPP-Modelle für Kommunen können Sie über [info@bauindustrie-bayern.de](mailto:info@bauindustrie-bayern.de) anfordern.

# Werkstattgespräch: A-Betreibermodell für den mehrstreifigen Autobahnausbau

Mit dem A-Betreibermodell soll der Ausbau zusätzlicher Autobahn-Fahrstreifen, die Erhaltung und der Betrieb aller Fahrstreifen sowie die Finanzierung an einen privaten Betreiber übertragen werden. In Bayern ist als Pilotprojekt für ein solches A-Betreibermodell die A 8 zwischen Bubesheim und Augsburg/West mit rund 45 km vorgesehen.

Mit der Ausschreibung, Vergabe und Realisierung solcher A-Betreibermodelle wird in vielerlei Hinsicht Neuland betreten. Anlass für den Bayerischen Bauindustrieverband, dem hieraus resultierenden Informations- und Diskussionsbedürfnis seiner Mitgliedsfirmen im Rahmen eines Werkstattgesprächs am 27.11.2002 im Haus der Bayerischen Bauindustrie Rechnung zu tragen.

Für das Einführungsreferat konnte Ministerialrat Armin Keppel, Referatsleiter „Sonderbauprogramme einschließlich private Betreibermodelle für Bundesfernstraßen“ im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gewonnen werden.

## Die Rahmenbedingungen für das A-Modell aus Sicht des BMVBW

Nach den Ausführungen Keppels sind für das A-Betreibermodell folgende Rahmenbedingungen vorgesehen:

- Einem privaten Betreiber werden für eine Konzessionslaufzeit von voraussichtlich 30 Jahren Finanzierung, Ausbau, Erhaltung und Betrieb eines Autobahnabschnittes übertragen.
- Das Aufkommen aus der voraussichtlich ab 1.9.2003 anlaufenden streckenbezogenen Lkw-Maut im auszubauenden Streckenabschnitt wird als Entgelt direkt an den privaten Betreiber weitergeleitet.
- Die durch die Nutzung durch Pkw entstehenden Infrastrukturkosten werden – wenn notwendig – in Form einer Anschubfinanzierung zu den Baukosten aus dem Bundesfernstraßenhaushalt aufgebracht.

## Vorteile des A-Modells

Das A-Betreibermodell weist damit im Wesentlichen die nachfolgenden Vorteile auf:

- Zeitnahe Ausbau von Autobahnstrecken,
- keine Erhebung einer zusätzlichen Maut zur Gebühr für schwere Lkw (streckenbezogene Lkw-Maut),
- Kosteneinsparung durch Wettbewerb und private Betreiberschaft (10 bis 20 % nach ausländischen Angaben),
- Entlastung der öffentlichen Hand von Betrieb und Erhaltung des betreffenden Autobahnabschnittes.

Im Zuge seiner weiteren Ausführungen betonte Keppel insbesondere auch die mit dem A-Betreibermodell verbundenen Effizienzvorteile, die sich vor allem durch die Gesamtvergabe der Leistungen, Planung, Bau, Erhalt und Betrieb im Verbund sowie einer damit einhergehenden Optimierung all dieser Leistungen über den gesamten Lebenszyklus ergäben.

## Klare Forderungen der Bauindustrie

Mit den Chancen und Risiken des A-Betreibermodells aus Sicht der Bauindustrie befasste sich Dipl.-Ing. Detlef Knop, Direktor Sonderaufgaben der Bilfinger Berger AG. Nach Auffassung von Knop müssen für eine faire Projektrealisierung aus Sicht des Konzessionärs nachfolgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Klare und faire steuerliche Rahmenbedingungen, damit die Effizienzvorteile dieses Modells voll wirksam werden können,
- weitere Präzisierung des Risikotransfers im Zusammenhang mit der Überlassung von Autobahnstrecken,
- Überdenken des bisherigen Konzepts der Selbsthalte,
- keine Überwälzung der Erfassungsrisiken der Lkw-Maut auf den Konzessionär,
- Entwicklung eines strukturierten Verhandlungsverfahrens, um größtmögliche Transparenz für die am Wettbewerb Beteiligten sicherzustellen und die Gefahr vergabe-rechtlicher Auseinandersetzungen zu minimieren,
- keine Berücksichtigung der Angebotskosten als zweites finanzielles Wertungskriterium neben der Anschubfinanzierung,
- Ablehnung der Vorgabe einer festen Eigenkapitalquote der Projektgesellschaft,
- wegen der langfristigen vertraglichen Bindung des Konzessionärs Notwendigkeit eines Inflationsausgleichs,
- Vergabe der Nachunternehmerleistungen zu den gleichen Bedingungen, wie sie der Konzessionsgeber dem Konzessionsnehmer eingeräumt hat.

## Haltung Bayerns zum A-Modell

Das A-Betreibermodell aus Sicht der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern erläuterte Ministerialrat Dipl.-Ing. Helmut Schütz, Leiter des Sachgebiets Gesamtverkehrsplanung. So betonte Schütz u.a., dass die im Grundgesetz verankerte Auftragsverwaltung durch die Länder und die damit verbundene Gestaltungsmöglichkeit der Länder bei der Straßeninfrastruktur erhalten bleiben müssen. Die Konzessionsvergabe für Finanzierung, Bau, Erhaltung und Betrieb solle nach Auffassung

### Liste der Pilotabschnitte für Betreibermodelle des mehrstreifigen BAB-Ausbaues (A-Modell) (Stand: November 2002)

Nr.	Land	Straße	Strecke	Länge km
1	BW	A5	AS Baden-Baden – AS Offenburg	38,9
2	BW/RP	A61	AK Frankenthal – AD Hockenheim	38,1
3	BY	A8	W Bubesheim – AS Augsburg-West	45,6
4	BE/BB	A10	AD Havelland – AD Schwanebeck	40,8
	BB	A24	AS Neuruppin – AD Havelland	31,3
5	HE	A3/ A67/A60	AS Flughafen Frankfurt – AD Mainspitz	19,8
6	NI	A1	AD Buchholz – Bremer Kreuz	74,8
7	NW	A1	AK Lotte/Osnabrück – AK Münster/Süd	49,6
8	NW	B1/A44	Dortmund/Ost (B236) – AK Werl	26,0
9	NW	A57	AK Strümp – AK Köln-Nord	37,4
10	NW	A4	AS Düren – AK Kerpen	18,4
11	NW	A2	AK Kamen – AS Beckum	31,2
12	SH/HH	A7	AD Bordesholm – AS HH-Othmarschen	70,7
			<b>Gesamt</b>	<b>522,6</b>

Bayerns erst nach Abschluss der Genehmigungsverfahren und des Grunderwerbs erfolgen. Beim Betrieb der Autobahnstrecke müssen die vorhandenen Betriebsstrukturen mit den Autobahnmeistereien vom Betreiber berücksichtigt werden, da diese in einem ausgeklügelten Netz organisiert sind und nicht für einzelne Abschnitte während der Laufzeit der Konzession herausgelöst werden können.

In der bisher vom BMVBW veröffentlichten Liste der möglichen Pilotabschnitte ist Bayern nur mit einem gut 40 km langen Abschnitt der A 8 zwischen Ulm und Augsburg vertreten, während allein in Nordrhein-Westfalen 163 km vor-

gesehen sind. Bayern fordert vom Bund daher mit Nachdruck die Aufnahme des gesamten Abschnittes Ulm-München der A 8 sowie der A 3 zwischen Aschaffenburg und dem Autobahnkreuz Biebelried in die Liste der geplanten Betreibermodelle. Dabei ist sowohl bei der A 8 als auch bei der A 3 eine Unterteilung in zwei vertraglich eigenständige Abschnitte (München-Augsburg mit 32 km Länge und Augsburg-Günzburg mit 41 km Länge bei der A 8 sowie Marktheidenfeld-Biebelried mit 48 km Länge und Aschaffenburg-Marktheidenfeld mit 32 km Länge bei der A 3) sowohl im Hinblick auf die Schaffung des notwendigen Baurechts wie auch der Wettbewerbschancen mittelständischer Unternehmen vorgesehen.

Bei der A 8 könnte vollziehbares Baurecht so geschaffen werden, dass die Konzession bereits im Jahr 2003 ausgeschrieben und der sechsstreifige Ausbau zwischen München und Augsburg noch 2004 anlaufen könnte.

#### BBIV-Appell: A-Modell als Chance betrachten

In seinem abschließenden Resümee plädierte der Vorsitzende der Fachabteilung Straßenbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes, Dipl.-Ing. Albert Friedmann, u.a. dafür, die anstehenden Pilotprojekte für das A-Betreibermodell nicht von vornherein zu zerreden. Vielmehr gelte es, mit Elan, Offenheit und Dialogfähigkeit die ersten Projekte anzugehen, für die sich die Bauindustrie bisher so intensiv eingesetzt habe.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Gutachtergruppe Clifford/Chance/Pünder, Dresdner/Kleinwort/Wasserstein, BUNG Beratende Ingenieure und AVISO Ingenieursozietät mit der Erstellung eines Gutachtens zur Erarbeitung der Muster eines Konzessionsvertrages und Regelungen für die Ausschreibung/Vergabe von Konzessionen für das Betreibermodell für den mehrstreifigen Autobahnausbau („A-Modell“) beauftragt. Dieses ca. 900 Seiten umfassende Gutachten liegt dem Verband seit Anfang dieses Jahres vor und kann von Interessenten in elektronischer Form per E-Mail: [u.kern@bauindustrie-bayern.de](mailto:u.kern@bauindustrie-bayern.de) abgerufen werden. ■

## Erfolgreicher BBIV-Messeauftritt auf der BAU 2003

Traditionell war der BBIV auf der BAU 2003 vom 13.1. bis 18.1.2003 mit einem eigenen Messestand vertreten. Dieses Forum gab reichlich Gelegenheit, aktuelle Brennpunktthemen des Verbandes zu präsentieren und interessierte Messebesucher über wichtige Bautrends zu informieren. Highlights der Messepräsentation waren hochrangige Kooperationsgespräche mit ausländischen Baudelegationen:

■ Kooperationsgespräche mit Vertretern des Tschechischen Bauindustrieverbandes unter Führung von Vizepräsident Dipl.-Ing. Miroslav Masek zu Aspekten der EU-Osterweiterung und zu zukünftigen Kooperationsmöglichkeiten des Tschechischen und Bayerischen Bauindustrieverbandes am 14.1.2003; im anschließenden Pressegespräch wurden eine Reihe von bilateralen Aspekten vertiefend behandelt.

### Talkrunde 1:

#### „Bauen trotz leerer öffentlicher Kassen in Public-Private-Partnership (PPP)“

Den Fachdialog führten unter der Moderation von Dr. Detlef Lupp, BBIV: Dipl.-Bw. Sandra Arendt, Hochtief Projektentwicklung GmbH, Essen und Dipl.-Ing. Detlef Knop, Public Private Partnership der Bilfinger Berger AG, Wiesbaden. Hierbei wurde deutlich gemacht, dass die privatwirtschaftliche Realisierung öffentlicher Bauauf-



*Begegnung der besonderen Art: Tschechisch-ukrainisch-bayerische Kooperationsgespräche auf der BAU 2003*

gaben mehr ist als nur eine Finanzierungsalternative. PPP-Modelle eröffnen der öffentlichen Hand ganz erhebliche finanzielle und politische Gestaltungsräume. Praktische Erfahrungen bestätigen, dass sich bei privatwirtschaftlichen Lösungen für öffentliche Bauvorhaben je nach Einzelfall Kostenvorteile von bis zu 15 % realisieren lassen. Einer der wichtigsten Ansatzpunkte ist die hier mögliche Zusammenfassung von Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb.

### Talkrunde 2:

#### „Innovative IT-Lösungen für den Bau“

Den Teilnehmern standen unter Moderation von Dipl.-Geogr. Martin Schneider, BBIV, Rede und Antwort: Dipl.-Ing. Gunter Wildermuth, Nemettschek AG, München, Dipl.-Ing. Mark Schenk, Bauer AG, Schrobenhausen und Dipl.-Ing. Thomas Bachmaier, Baulogis GmbH, München. Das Ergebnis in Kürze: Selbstverständlich kann moderne IT allein nicht für bonitäre Baumärkte sorgen. Auch gibt es noch keine völlige Abhängigkeit der Bauwirtschaft von Informationstechnologie. Der wachsende Effizienzdruck fördert jedoch auch in der

Bauindustrie IT-gestützte Unternehmensprozesse. Mobile Lösungen und die den Kinderschuhen entwachsenen Portal-Technologien bieten dann unter den besonderen Anforderungen der Bauprozesse noch erhebliche Chancen.

Weitere Gesprächsthemen waren die Anbahnung und Vermittlung von Geschäftskontakten sowie die Internationalisierung der Baumärkte.

Fazit: Der Messestand des BBIV bot vielen interessierten Gästen und Besuchern reichlich Gelegenheit, sich über neue Bauentwicklungen und über die vielfältigen Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der bayerischen Bauindustrie hautnah zu informieren. Bauen heißt eben auch, Menschen und Ideen zusammenzubringen. ■

## „Schlechte Zeiten sind die besten Zeiten für gute Leute“

Erfolgreicher Abschluss des 16. TU-Praxisseminars im Haus der Bayerischen Bauindustrie

„Es war hochinteressant, im Rahmen der vorgestellten Projekte die verschiedenen Schnittstellen und Partner am Bau kennen gelernt zu haben“, so das Fazit der Studenten bei der Abschlussveranstaltung der TU-Praxisseminare 2002/03 am 29.1.2003 im Haus der Bayerischen Bauindustrie in München.

### Zertifikat bescheinigt Praxisbezug

40 Bauingenieur-Studentinnen und Studenten erhielten bei dieser Feierstunde vom Vorsitzenden des Trägervereins „Praxisseminare an der TU München“, Dipl.-Ing. Gerhard Thielen, ein Zertifikat, das die erfolgreiche Teilnahme an den Seminaren 2002/03 bescheinigte. Den Stolz und das Selbstbewusstsein der Branche fasste Thielen treffend zusammen: „Bauen ist immer etwas, das man sieht“. Wie traditionell üblich, war den TU-Absolventen je ein herausragendes Bauprojekt aus dem Ingenieur- und dem Hochbau vorgestellt worden.

### Hightech-Infrastrukturbau

Im Ingenieurbau ging es um den technisch hoch anspruchsvollen Ausbau der Bahnstrecke Röhmoos-Obermenzing als Teil des künftig Deutschland umfassenden ICE-Hochgeschwindigkeitsnetzes. Der dafür verantwortliche Projektleiter, Dipl.-Ing. Ulrich Barow, Walter Bau AG vereinigt mit DYWIDAG, machte in seinem Statement den jungen Bauingenieuren Mut zum kommenden Berufseintritt. Sein hoffnungsvolles Motto: „Schlechte Zeiten sind die besten Zeiten für gute Leute“.



*Viele gute Ratschläge für die Baupraxis  
V.l.n.r.: Prof. Hans-Jürgen Bösch,  
TU München, Dipl.-Ing. Gerhard  
Thielen, Vorsitzender des Träger-  
vereins TU-Praxisseminare,  
Prof. Dr. Peter Eduard Mayer,  
TU München*

### Erfolgsfaktor Mannschaftsgeist

Das Hochbau-Seminar widmete sich dem herausragenden Münchner Hochhausprojekt „Munich City Tower“. Das Fazit von Dipl.-Ing. Bernard Dietl, Leiter Schlüsselfertigbau der Wayss & Freytag AG München: „Team- und Mannschaftsgeist sind nach wie vor wesentliche Erfolgsfaktoren bei der Abwicklung komplexer Bauvorhaben“.

### Interdisziplinarität und Prozessorientierung

Als Vertreter der Fakultät für Bauingenieur- und Vermessungswesen der TU München unterstrich Professor Dr. techn. Peter Eduard Mayer den Prozessgedanken und die Interdisziplinarität des Bauens. Gerade diese Aspekte würden durch die Praxis-Seminare in anschaulicher und nachhaltiger Weise präsentiert. Diese Praxisseminare seien aber auch ein lebendiges Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Baupraxis. ■

## Aktuelle Rechtsprechung

### **Nachtragsvereinbarung nach Drohung mit Baustopp: Mitverschulden des Auftraggebers? (§ 254 Abs. 1 BGB)**

Wer die Beseitigung der Folgen aus einer nach widerrechtlicher Drohung eingegangenen Verpflichtung verlangen kann, ist grundsätzlich nicht dem Einwand des Mitverschuldens ausgesetzt.

*BGH, Urteil vom 13.9.2001 – Az.: VII ZR 415/99 (Baurecht 2002, 89)*

### **Vereinbarung über Voraus- oder Abschlagszahlungen im Werkvertrag (§§ 305, 631 BGB)**

1. Aus der Vereinbarung über Voraus- oder Abschlagszahlungen in einem BGB-Werkvertrag folgt die vertragliche Verpflichtung des Unternehmers, seine Leistungen abzurechnen. Der Besteller hat einen vertraglichen Anspruch auf Auszahlung des Überschusses.

2. Der Besteller hat schlüssig vorzutragen, in welcher Höhe er Voraus- und Abschlagszahlungen geleistet hat und dass diesen Zahlungen ein entsprechender endgültiger Vergütungsanspruch des Unternehmers nicht gegenübersteht.

3. Hat der Besteller ausreichend vorgetragen, muss der Unternehmer darlegen und beweisen, dass er berechtigt ist, die Voraus- oder Abschlagszahlungen endgültig zu behalten. Der Besteller trägt demgegenüber die Beweislast für die behaupteten Voraus- oder Abschlagszahlungen.

*BGH, Urteil vom 24.1.2002 – Az.: VII ZR 196/00 (NJW 2002, 1567)*

### **Beschädigung der Bauleistung vor Abnahme (§§ 644, 645 BGB)**

1. Es ist grundsätzlich dem Risikobereich des Unternehmers zuzurechnen, wenn das Werk nach der Herstellung, aber vor der Abnahme durch Dritte beschädigt wird.

2. Wird also nach Fertigstellung einer Tiefgaragendecke mit Abdichtung und Wärmedämmung diese durch den nachfolgenden Unternehmer (hier: Pflasterer) mit schwerem Gerät befahren und beschädigt, so steht dem Unternehmer (Dachdecker) weder eine zusätzliche Vergütung noch ein Schadensersatzanspruch gegen den Auftraggeber zu.

3. Für vom Auftraggeber veranlasste Arbeiten anderer Unternehmer ist dieser nur dann verantwortlich, wenn diese auch bei ordnungsgemäßer Durchführung die

Werkleistung zwangsläufig gefährdet hätten, nicht aber, wenn sie auch ohne eine solche Gefährdung hätten durchgeführt werden können.

4. Der Unternehmer ist nicht schutzlos. Er kann die Abtretung des Schadensersatzanspruchs des Auftraggebers gegen den Drittunternehmer (Pflasterer) verlangen.

*OLG Naumburg, Urteil vom 30.11.2000 – Az.: 2 U 104/00 (IBR 2002, 186); BGH-Nichtannahmebeschluss vom 24.1.2002 – Az.: VII ZR 20/01*

### **Wer zahlt bei unberechtigter Rückforderung von Überzahlungen den Prüfungsaufwand des AN? (§§ 812 ff. BGB)**

1. Es stellt grundsätzlich keine Pflichtverletzung des (öffentlichen) Auftraggebers dar, wenn dieser – häufig viele Jahre – nach Abnahme und Schlussabrechnung mögliche Rückzahlungsansprüche geltend macht.

2. Der Aufwand des Auftragnehmers zur Prüfung derartiger Rückzahlungsansprüche ist daher grundsätzlich nicht vom Auftraggeber zu erstatten.

3. Zur Abwehr unberechtigter Rückzahlungsansprüche wegen überhöhter Mengen reicht es regelmäßig aus, wenn sich der Auftragnehmer auf das gemeinsame Aufmaß bezieht. Es ist Sache des Auftraggebers darzulegen und zu beweisen, dass und warum das gemeinsame Aufmaß nicht verbindlich sein soll. Ein besonderer Prüfaufwand des Auftragnehmers ist daher in einem solchen Fall nicht geboten.

*OLG München, Urteil vom 7.12.1999 – Az.: 13 U 4278/99*

*(IBR 2002, 181, 2); BGH-Nichtannahmebeschluss vom 24.1.2002 – Az.: VII ZR 134/00*

### **Bauforderungssicherungsgesetz: Schadensersatzpflicht des Geschäftsführers des GU (§§ 1, 2, 5 GSB; § 823 Abs. 2 BGB)**

1. Auch Subunternehmer können zum Kreis der durch das GSB geschützten Baubeteiligten gehören, soweit der Generalunternehmer als Auftraggeber seinerseits Anspruch auf das Baugeld hat. Dies ist auch dann der Fall, wenn die Zuwendungsempfängerin des Darlehens nicht unmittelbar Vertragspartnerin der als Auftraggeber auftretenden GmbH war, sondern eine Gesellschaft, deren Gesellschafter die Auftraggeberin ist. Eine Personenidentität ist insoweit nicht erforderlich.



2. Es besteht eine gesetzliche Vermutung in § 1 Abs. 3 Satz 2 GSB dafür, dass Beträge, deren Auszahlung ohne nähere Bestimmung des Zweckes der Verwendung nach Maßgabe des Fortschreitens des Baues erfolgen soll, als Baugeld gelten.

*OLG Dresden, Urteil vom 13.9.2001 – Az.: 19 U 346/01 (Baurecht 2002, 486)*

### **Kein Verzug des AN bei Leistungsänderungen und Ablehnung einer Preisänderung durch den AG (§§ 1 Nr. 3, 2 Nr. 5, 5 Nr. 4 VOB/B)**

Der Auftragnehmer gerät mit der Vollendung der Bauarbeiten nicht in Verzug, wenn der Auftraggeber trotz einer Leistungsänderung durch Änderung des Bauentwurfs diese überhaupt bestreitet sowie eine Preisänderung grundsätzlich ablehnt und der Auftragnehmer deshalb die Arbeiten nicht fortführt.

*OLG Düsseldorf, Urteil vom 14.9.2001 – Az.: 22 U 37/01 (Baurecht 2002, 484 = IBR 2002, 5)*

### **Grenzen des Leistungsänderungsrechts des AG (§§ 1 Nr. 3, 4 Nr. 1 Abs. 3, 4 VOB/B)**

1. Das Anordnungsrecht des Auftraggebers nach § 1 Nr. 3 VOB/B hat dort seine Grenzen, wo die Befolgung für den Auftragnehmer unzumutbar wird. Insoweit ist keine andere Beurteilung vorzunehmen als im Fall der Anordnung des Auftraggebers nach § 4 Nr. 1 Abs. 3 VOB/B, die dann nicht zu befolgen ist, wenn gesetzliche oder behördliche Bestimmungen entgegenstehen (§ 4 Nr. 1 Abs. 4 VOB/B) oder wenn der Auftragnehmer sich sonst nach Treu und Glauben berechtigterweise dagegen wehren kann.

2. Verlangt der Auftraggeber die Reduzierung der vom Auftragnehmer vorgesehenen Einbringmenge eines Schädlingsbekämpfungsmittels auf einen Wert, der den anerkannten Regeln der Technik entspricht, und weigert sich der Auftragnehmer trotz fundierter Überzeugungsversuche, kann der Auftraggeber den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen, selbst wenn dem Auftragnehmer infolge unzutreffender Informationen seitens des Herstellers des Mittels die Geltung der niedrigen Einbringmengen nicht bekannt war.

*OLG Hamm, Urteil vom 15.5.2001 – Az.: 21 U 4/00 (Baurecht 2001, 1594)*

### **Abgrenzung einer zusätzlichen Leistung zu einem bestehenden Werkvertrag von einem selbständigen Auftrag (§ 1 Nr. 3, 4, § 2 Nr. 5 und 6 VOB/B)**

1. Schließen die Parteien eines Rohbauvertrages während der Bauarbeiten eine Zusatzvereinbarung über die Aufstockung des Gebäudes um ein Dachgeschoß, so handelt es sich nicht mehr um eine Nachtragsvereinbarung. Es liegen zwei selbständige Verträge vor.

2. Die Abnahme ist in jedem Vertragsverhältnis gesondert zu erklären. Die Abnahme in einem Vertragsverhältnis kann nicht wegen Baumängeln in einem anderen Vertragsverhältnis verweigert werden.

*BGH, Urteil vom 13.12.2001 – Az.: VII ZR 28/00 (NZBau 2002, 215 = Baurecht 2002, 618)*

### **Ankündigungspflicht bei zusätzlichem Vergütungsanspruch (§§ 2 Nr. 6, 12 Nr. 5 VOB/B)**

1. Eine schriftliche Ankündigung des Vergütungsanspruches gemäß § 2 Nr. 6 Abs. 1 Satz 2 VOB/B in Höhe von 1.100 DM kann entbehrlich sein, wenn der Bauherr bauerfahren ist und erkennen kann, dass Mehrkosten entstehen werden.

2. Eine konkludente Abnahme des Bauwerks kann in der bestimmungsgemäßen Ingebrauchnahme liegen, wenn diese ohne Druck geschieht und keine gravierenden Mängel vorliegen.

*OLG Hamm, Urteil vom 10.5.2001 – Az.: 21 U 101/00 (Baurecht 2001, 1914)*

### **Stundenlohnabrechnung mit unterschriebenen Stundenlohnzetteln: Beweislastfragen (§ 15 Nr. 3 VOB/B)**

1. Mit der Gegenzeichnung von Stundenzetteln erkennt der Auftraggeber nicht an, dass mit den aufgeführten Stunden und Materialien die objektiv erforderlichen Leistungen an seinem Bauvorhaben von dem Auftragnehmer ausgeführt worden sind.

2. Der Auftragnehmer muss deshalb auch bei einem Stundenlohnvertrag darlegen und beweisen, dass die von ihm aufgewandten und berechneten Stunden zur Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen erforderlich waren und eine angemessene Vergütung für den erbrachten Leistungserfolg darstellen.

*OLG Hamm, Urteil vom 25.10.2000 – Az.: 10 U 32/00 (Baurecht 2002, 319); BGH-Nichtannahmebeschluss vom 27.9.2001*

## In der Nachfolge Leo von Klenzes

### **Ministerialdirektor Hans Hermann Schneider**

25. Leiter der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern

Am 23.1.2003 wurde er feierlich verabschiedet: Ministerialdirektor Hans Hermann Schneider, seit Mai 2000 Leiter der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, verlässlicher und aufgeschlossener Partner für den Bayerischen Bauindustrieverband, verantwortlicher Gestalter in bester Tradition Leo von Klenzes, Gründer und – ab 1830 – erster Leiter der Obersten Baubehörde.

Schneider war nach Abschluss der Großen Staatsprüfung 1965 zunächst an der Autobahndirektion Südbayern für große Autobahnprojekte im Inntal verantwortlich, wechselte dann als Abteilungsleiter an das Straßenbauamt Passau und übernahm bereits 1977 die Leitung des Straßenbauamtes Weiden. 1983 kehrte er nach München zurück, leitete an der Obersten Baubehörde nacheinander die Sachgebiete „Straßenunterhaltung“, „Haushaltsangelegenheiten des Straßenbaus“ und „Haushalt der Obersten Baubehörde“. 1993 übernahm er die Leitung der Abteilung „Zentrale Angelegenheiten der Staatsbauverwaltung“. Im Jahr 2000 wurde er zum Leiter der Obersten Baubehörde berufen. Innenminister Dr. Beckstein würdigte seine Leistung mit den Worten: „Mit seinem dynamischen wie auch ausgleichenden Wesen hat er immer dazu beigetragen, auch schwierige Aufgaben erfolgreichen Lösungen zuzuführen“.

Unter Schneiders Leitung wurde die Umgestaltung der bayerischen Staatsbauverwaltung zu einer modernen Managementbauverwaltung konsequent fortgeführt. Er verantwortete die Integration des Bauamtes der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen in die Staatsbauverwaltung, die Umsetzung des Konzeptes der Straßenmeisterei 2000 und die Entwicklung der „Autobahnmeisterei 2000“. Dazu kommt die Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) und die Erprobung des Controlling. Beispielhafte Einzelbauvorhaben sind der Neubau des Buchheim Museums in Bernried, die Fertigstellung der Pinakothek der Moderne und die Organisation und vorbereitenden Maßnahmen für das Großprojekt der US-Streitkräfte in Grafenwöhr. Im Straßenbau wurden viele Projekte abgeschlossen bzw. begonnen sowie zukunftsweisende Entwicklungen in der Verkehrssteuerung vorangebracht – Telematik, das Verkehrsinformationsprojekt „BAYERNINFO“ sowie die Nachfolgeprojekte „Mobilität 21“ und „MOBINET“. Mit den Fördervorhaben des experimentellen Wohnungsbaus und des Städtebaus setzte die Oberste Baubehörde zukunftsweisende Impulse auf dem Bausektor. Als völlig neue Schwerpunkte im Städtebau wurden die bayerische Innenstadtinitiative und die Konversion innerstädtischer Brachflächen entwickelt. Mit einer weiteren Novelle der Bayerischen Bauordnung brachte Schneider auch eine weitere Vereinfachung und Beschleunigung des Baurechts auf dem Weg.

### **Ministerialdirigent Josef Poxleitner**

26. Leiter der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern

Mit MDirig. Josef Poxleitner wird wieder ein dem Bayerischen Bauindustrieverband seit langem als weitsichtiger Verkehrsplaner verbundener Profunder Kenner der bayerischen Staatsbauverwaltung Leiter der Obersten Baubehörde. Nach Abschluss der Großen Staatsprüfung 1975 begann er seine berufliche Laufbahn als Abteilungsleiter am Straßenbauamt Augsburg. Ab 1982 war er als Referent an der Obersten Baubehörde zunächst im Sachgebiet „Generalverkehrsplanung“, dann im Sachgebiet „Allgemeine Angelegenheiten“ der Abteilung Straßen- und Brückenbau tätig. Nach der Teilnahme am 11. Lehrgang für Verwaltungsführung der Bayerischen Staatskanzlei übernahm er 1990 die Leitung des Straßenbauamtes Weilheim und wechselte vier Jahre später als Leiter des Sachgebietes „Straßen- und Brückenbau“ an die Regierung von Oberbayern. 1995 kehrte er an die Oberste Baubehörde zurück, wo er zunächst das Sachgebiet „Gesamtverkehrsplanung“, ab Juli 2000 die Abteilung „Straßen- und Brückenbau“ leitete. Zu seiner Amtseinführung als Leiter der Obersten Baubehörde stellte Innenminister Dr. Beckstein fest: „Aufgrund seiner Führungskompetenz und seines Elans bin ich davon überzeugt, dass unter Herrn Poxleitners Leitung die Oberste Baubehörde auch die schwierigen Herausforderungen der künftigen Jahre bewältigen wird“. ■

### Dipl.-Ing. Hans-Rudolf Klein

Über Jahrzehnte prägte er die bildungs- und berufspolitischen Ziele, die Aus- und Weiterbildungsarbeit, die Auseinandersetzung mit betriebs- und marktwirtschaftlichen Notwendigkeiten in der bayerischen Bauindustrie: Dipl.-Ing. Hans-Rudolf Klein, nach 1975 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand Vorsitzender des Berufsbildungsausschusses des Bayerischen Bauindustrieverbandes, über Jahre Mitglied des Beirates und des Vorstandes des Verbandes. Über die Mitwirkung im Berufsbildungsaus-

schuss des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie weit über Bayern hinaus bekannt und verdient machte er sich als engagierter, tatkräftiger und erfolgreicher Vorkämpfer einer Bildungsarbeit, die die notwendigen Qualifikationsangebote schuf für den zunehmenden Hightech-Anspruch und die Entwicklung und Umsetzung des hoch komplexen Prozessmanagements in der Bauindustrie. Speziell die Entwicklung der Stufenausbildung Bau ist engstens mit seinem Namen verbunden.

Für seine großen Verdienste als erfolgreiche Unternehmerpersönlichkeit wie als Motor verbandlichen Wirkens der Bauindustrie wurde Dipl.-Ing. Hans-Rudolf Klein mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Am 15.1.2003 ist Dipl.-Ing. Hans-Rudolf Klein im Alter von 78 Jahren gestorben. Sein Andenken werden wir stets in hohen Ehren halten.

## Persönliches

---

Wir übermitteln den Jubilaren unsere herzlichsten Glückwünsche

**Dipl.-Ing. Heinz Betzold**  
Ehrenmitglied des  
Rohrleitungsbauverbandes

65. Geburtstag am 17.2.2003

Gründungsvorsitzender der Landesgruppe Bayern des Rohrleitungsbauverbandes, ihr Vorsitzender 1974 bis 1983 und 1991 bis 1997; 1974-1997 Mitglied des BFA/RBV-Ausschusses für Ausbildungsfragen, 1975-1997 Mitglied des technischen Ausschusses des RBV: die rohen Daten geben nur wenig wieder von der hohen fachlichen und integrativen Leistung, dem konstruktiven Geist und der daraus gewachsenen engen persönlichen Verbundenheit, mit der Dipl.-Ing. Heinz Betzold die Zusammenarbeit zwischen Rohrleitungsbauverband und Bayerischem Bauindustrieverband über Jahrzehnte prägte. Zum 65. Geburtstag gelten Dipl.-Ing. Heinz Betzold die besonderen Glückwünsche der Bayerischen Bauindustrie.

**Dipl.-Ing. Manfred Seja**  
München

65. Geburtstag am 18.3.2003

Dipl.-Ing. Manfred Seja wirkte von 1997 bis 2001 im Gesamtbeirat sowie im Beirat des Bezirksverbandes München-Oberbayern des Bayerischen Bauindustrieverbandes mit. Sein besonderes und angesichts rasanter Veränderungen im Bauprozess wegweisendes Engagement galt der Weiterentwicklung der Fachhochschulbildung für Bauingenieure.

**Dipl.-Ing. Walter Hoffmann**  
Nürnberg

65. Geburtstag am 23.3.2003

Dipl.-Ing. Walter Hoffmann gestaltete von 1991 bis 1999 die Arbeit des Bezirksverbandes Mittelfranken des Bayerischen Bauindustrieverbandes engagiert mit – vor 1995 als Beiratsmitglied, danach als Stv. Vorsitzender sowie Mitglied des Beirates des Gesamtverbandes. Im Dezember 1999 übernahm er den Vorsitz des Bauausschusses Wetzendorf. Vor allem seinem hohen Einsatz ist die geglückte Modernisierung und Erweiterung des BauindustrieZentrums Wetzendorf zu danken.

## Seminare – Veranstaltungen



### **BauindustrieZentrum München-Stockdorf** **Tel.: 089/89 96 38-11**

**24.2./25.2.2003**

Nachträge frühzeitig erkennen, perfekt aufbereiten und erfolgreich durchsetzen – Teil 2

**24.2. bis 27.2.2003**

Arbeitsschutzfachliche Kenntnisse für Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatoren

**6.3./7.3.2003**

Vermessung heute

**11.3.2003**

Halbtagesseminar: „Erfolgsstrategien in der Baukrise“

**31.3. bis 4.4.2003**

SF-Bau für Poliere Modul 2

**9.4.2003**

Die neue Normengeneration im Betonbau

**8.5./9.5.2003**

Intensivseminar Bauvertragsrecht I

**15.5./16.5.2003**

Intensivseminar Bauvertragsrecht II

**22.5./23.5.2003**

Intensivseminar Bauvertragsrecht III

**22.5./23.5.2003**

Betriebliches Beurteilungswesen

**26.6./27.6.2003**

Betriebliches Vorschlagswesen



### **BauindustrieZentrum Nürnberg-Wetzendorf** **Tel.: 0911/9 93 43-43**

**11.3.2003**

Kaufmännisches Wissen für Ingenieure – was jede Führungskraft wissen muss

**12.3.2003**

Kaufmännisches Wissen für Techniker – was jede Baustellenführungskraft wissen muss

**18.3./19.3.2003**

Materialeinkauf – Verhandlungen budgetorientiert führen

**26.3.2003**

Risikomanagement in der Bauwirtschaft

**2.4.2003**

Nachtragsverhandlungen erfolgreich führen – unnütze Nachlässe vermeiden

**2.4.2003**

Eigenkapital – strategischer Engpassfaktor der Bauwirtschaft und neue Möglichkeiten zur Hilfe

**3.4./4.4.2003**

Kanalbau für den Hochbaupolier

**8.4.2003**

Strategisches Management – in schwierigen Zeiten führen

**9.4./10.4.2003**

Rechtsfragen für Einkäufer (bei Abschluss und Abwicklung von Kauf- und Nachunternehmerverträgen)

# Zahlen zur Lage der Bauwirtschaft in Bayern

## Bauleistung

Bauproduktion <sup>1)</sup> Geleistete Arbeitsstunden (in 1000)	Nov. 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Nov. 2002 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	15.682	- 10,0 %	- 9,6 %
Wohnungsbau	6.746	- 9,5 %	- 9,2 %
Wirtschaftsbau	4.447	- 9,0 %	- 9,6 %
Öffentlicher Bau insg.	4.489	- 11,6 %	- 10,2 %
davon Öff. Hochbau	1.075	- 16,7 %	- 11,3 %
Straßenbau	1.683	- 10,5 %	- 8,9 %
Sonst. Tiefbau	1.731	- 9,3 %	- 10,7 %

Produktionsindex <sup>1)</sup> (arbeitsfähig) 1995 = 100	Nov. 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Nov. 2002 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	95,0	- 1,3 %	- 5,5 %
Hochbau	89,5	- 3,3 %	- 6,3 %
Tiefbau	108,3	- 2,8 %	- 3,7 %

Umsatz <sup>1)</sup> ohne MwSt. in Mio. €	Nov. 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Nov. 2002 gegenüber Vorjahr
Bauhauptgewerbe	1.593,5	- 9,9 %	- 7,5 %
Wohnungsbau	568,4	- 1,6 %	- 5,7 %
Wirtschaftsbau	545,3	- 17,7 %	- 7,0 %
Öffentlicher Bau insg.	479,8	- 9,2 %	- 10,0 %
davon Öff. Hochbau	110,9	+ 1,5 %	+ 1,5 %
Straßenbau	173,4	- 11,7 %	- 6,7 %
Sonst. Tiefbau	195,5	- 1,3 %	- 11,1 %

## Lohnkosten

Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup> in €	Nov. 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Nov. 2002 gegenüber Vorjahr
Lohnsumme je gel. Arbeitsstunde	18,55	- 0,4 %	+ 1,6 %
Gehaltssumme je Angestellten	3.641	- 4,1 %	+ 1,4 %
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten	2.555	- 3,1 %	+ 1,4 %

- 1) Aufgrund Totalerhebung revidierte Ergebnisse
- 2) Nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten
- 3) Preisbereinigt mit den in dieser Gliederung nur für das Bundesgebiet vorliegenden Preisangaben; insoweit vorläufige Werte
- 4) Offene Stellen und Arbeitslose Bauhauptgewerbe  
Kurzarbeiter Baugewerbe

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung  
ifo-Institut für Wirtschaftsforschung  
Landesarbeitsamt Bayern

## Baunachfrage

Auftragseingang <sup>1/2)</sup> Inland in Mio. €	Nov. 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Nov. 2002 gegenüber Vorjahr
<b>nominal</b>			
Bauhauptgewerbe	644,8	- 27,1 %	- 11,1 %
Wohnungsbau	211,9	+ 7,3 %	- 13,5 %
Wirtschaftsbau	215,2	- 50,9 %	- 11,4 %
Öffentlicher Bau insg.	217,6	- 12,5 %	- 9,1 %
davon Öff. Hochbau	53,3	+ 3,0 %	- 11,3 %
Straßenbau	77,0	- 17,1 %	- 3,5 %
Sonst. Tiefbau	87,3	- 16,1 %	- 12,2 %
<b>preisbereinigt<sup>3)</sup> (real)</b>			
Bauhauptgewerbe	•	- 26,6 %	- 10,5 %
Wohnungsbau	•	+ 8,0 %	- 12,8 %
Wirtschaftsbau	•	- 50,7 %	- 10,9 %
Öffentlicher Bau insg.	•	- 11,9 %	- 8,6 %
davon Öff. Hochbau	•	+ 3,4 %	- 10,8 %
Straßenbau	•	- 16,0 %	- 2,7 %
Sonst. Tiefbau	•	- 15,7 %	- 11,8 %

Baugenehmigungen für Hochbauten in 1000 m <sup>3</sup> Rauminhalt	Nov. 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Nov. 2002 gegenüber Vorjahr
Wohngebäude	2.459	+ 3,5 %	- 6,4 %
Wirtschaftsgebäude	3.628	- 17,5 %	- 14,0 %
Öffentliche Gebäude	596	+ 19,5 %	+ 2,7 %

## Auftragsbestände Bauindustrie

Reichweite in Monaten	Jan. 2003	Dez. 2002	Jan. 2002
Bauindustrie	2,3	2,3	2,6
Wohnungsbau	1,7	2,4	1,9
Wirtschaftsbau	2,5	2,5	3,3
Öffentlicher Bau insg.	2,0	2,1	2,3
davon Öff. Hochbau	1,7	2,1	2,1
Straßenbau	1,3	1,4	1,8
Sonst. Tiefbau	3,1	2,7	2,9

## Arbeitsmarkt

Beschäftigte Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup> Monatsdurchschnitt	Nov. 2002	Gegenüber Vorjahresmonat	Jan. bis Nov. 2002 gegenüber Vorjahr
Tätige Inh., Mitinhaber	11.853	- 4,4 %	- 5,2 %
Kaufm. u. techn. Angestellte	29.080	- 8,6 %	- 6,6 %
Facharbeiter	81.209	- 8,0 %	- 9,0 %
Fachwerker	25.457	- 7,5 %	- 9,1 %
Gewerbl. Auszubildende	7.660	- 12,8 %	- 12,2 %
Insgesamt	155.259	- 8,0 %	- 8,5 %

Arbeitsmarkt <sup>4)</sup> Monatsende	Offene Stellen	Arbeitslose	Kurz- arbeiter
Januar 2003	851	46.595	2.357
Januar 2002	1.687	45.112	2.215
Januar 2001	2.031	42.313	2.215
Januar 2000	2.161	43.729	1.546

Informationsdienst  
des Bayerischen  
Bauindustrieverbandes e. V.  
Jan./Febr. 03 · 48. Jahrgang

**1/2**

**i.d.**



**Bayerische  
Bauindustrie**

**80331 München**

Oberanger 32  
Telefon 0 89/23 50 03-0  
Telefax 0 89/23 50 03-70  
Postanschrift:  
Postfach 33 02 40  
80062 München  
[info@bauindustrie-bayern.de](mailto:info@bauindustrie-bayern.de)

**90403 Nürnberg**

Katharinengasse 24  
Telefon 09 11/99 20 70  
Telefax 09 11/9 92 07 30  
[info.nuernberg@bauindustrie-bayern.de](mailto:info.nuernberg@bauindustrie-bayern.de)

**93047 Regensburg**

Hemauerstraße 6/IV  
Telefon 09 41/5 48 90  
Telefax 09 41/5 31 96  
[info.regensburg@bauindustrie-bayern.de](mailto:info.regensburg@bauindustrie-bayern.de)

**86150 Augsburg**

Gratzmüllerstraße 3/II  
Telefon 08 21/3 62 60  
Telefax 08 21/15 09 52  
[info.augsburg@bauindustrie-bayern.de](mailto:info.augsburg@bauindustrie-bayern.de)

[www.bauindustrie-bayern.de](http://www.bauindustrie-bayern.de)